

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

April 2003



Wenn es um Würde geht

Dem deutschen Sozialsystem wächst ein neuer Pflegefall heran: die Pflegeversicherung. In ihrer Bilanz weist diese fünfte Säule der Sozialversicherung Verluste aus. Noch werden sie von der Rücklage gedeckt, die der Pflegeversicherung bei ihrem politischen Gründungsakt im Jahr 1995 mit auf den Weg gegeben wurde.

Aber es zeichnet sich ab, dass auch hier – wie in der Renten- und Krankenversicherung – eine Entscheidung ansteht: entweder die Leistungen drosseln oder den Kostenfaktor „Pflegeversicherung“ zu einem weiteren Beschäftigungsrisiko werden lassen. Wie immer diese Entscheidung ausfällt: Es lässt sich schon heute absehen, dass die Diskussionen um die finanzielle Perspektive der Pflegeversicherung wenig mit der Würde der Alten zu tun haben werden, in deren Namen die gesetzliche Pflegekasse vor noch nicht einmal zehn Jahren eingerichtet wurde.

Was ist schiefgelaufen? Eine kurzgefasste Antwort müsste wohl lauten: Die Idee der Pflegevorsorge ist gut, die Form des lohngelundenen Umlageverfahrens ist schlecht. Solidarität sollte Würde schaffen. Die Pflegeversicherung hat von Beginn an zu unwürdigem Feilschen geführt. Weil Omas Häuschen nicht als finanzielle Eigenleistung im Pflegefall herangezogen werden soll, wird um Omas Gesundheitszustand vor Gericht gestritten. Potenzielle Erben und Pflegekassen ringen um die Einlösung eines unhaltbaren Versprechens. Für Würde bleibt da in allzu vielen Fällen allzu wenig Platz.

Marktwirtschaftlern muss man die Bedeutung der Solidarität für die Würde der Menschen nicht erläutern. Sie sind es, die den Politikern erklären können, was risikogerechte Prämien, Wahltarife und vorsorgende Kapitalbildung für die Sicherstellung von Würde leisten können. Man sollte sie um Rat fragen, wenn es um die Reform der Pflegeversicherung geht.

Hans D. Barbier

Erfolgreiche Wettbewerbschüter

Sechs führende deutsche Zementhersteller haben sich jahrzehntlang den Markt aufgeteilt und die Preise künstlich hoch gehalten. Zusätzlich haben sie dafür gesorgt, dass trotz globalisierter Märkte niemand Zement außerhalb Deutschlands einkaufen konnte. Das Bundeskartellamt hat festgestellt: Durch die verbotenen Absprachen wurde der Wettbewerb nahezu vollständig ausgeschlossen und „die Preise konnten auf ein Niveau angehoben werden, das unter Wettbewerbsbedingungen nicht zu erreichen gewesen wäre“.

Das Kartellamt hat Bußgelder in Höhe von insgesamt 660 Millionen € festgesetzt. Mit 251 Millionen € verhängte das Amt die höchste Strafe gegen die HeidelbergCement AG. Die Firma Readymix kam mit 12 Millionen € davon. Readymix hatte dem Kartellamt bei den Ermittlungen geholfen und war bei Beginn der Untersuchungen im Jahr 2002 bereits aus dem Kartell ausgeschieden. Die Firma profitierte von der im Jahr 2000 eingeführten Bonusregel für Kartellbeteiligte, die frühzeitig und umfassend ihr Fehlverhalten eingestehen.

Bereits 1972 und 1988 hatten die Zementhersteller Bußgelder zu zahlen. 1988 waren rund 190 Millionen € fällig, doch bereits 1989 trafen die Unternehmen neue Abspra-

Bußgelder

in Millionen €	
HeidelbergCement AG	251
Schwenk Zement KG	142
Dyckerhoff AG	95
Lafarge Zement GmbH	86
Alsen AG	74
Readymix	12
Quelle: Bundeskartellamt	

chen. Entweder kennen die Zementhersteller den Spruch „Aus Schaden wird man klug“ nicht, oder ihr Kartell war so lukrativ, dass sie die Bußgelder locker zahlen konnten.

www.bundeskartellamt.de/archiv.html

Studieren statt herumhängen

Das Hochschulinformationssystem (HIS) in Hannover hat im Auftrag des Bundesbildungsministeriums herausgefunden: Jeder vierte der 1,94 Millionen Studierenden in Deutschland bricht das Studium ab. 16 Prozent der rund 485 000 Abbrecher beklagen fehlende Motivation und wissen nicht, wofür sie lernen. 17 Prozent verlassen den Campus ohne Abschluss, um sich neu zu orientieren. Wegen finanzieller Probleme brechen weitere 17 Prozent ihr Studium ab.

Besonders problematisch ist: Es dauert im Durchschnitt 7,6 Semester, bis den Studenten klar ist, dass sie den falschen Ausbildungsweg gewählt haben. Handelt es ▶

Studierende

jeweils Wintersemester	
1998/1999	1 801 233
1999/2000	1 773 956
2000/2001	1 779 338
2001/2002	1 868 666
2002/2003	1 944 611
an Unis und sonstigen Hochschulen	
Quelle: Mummert Consulting; IW Köln	

sich hier wirklich um einen so langen Erkenntnisprozess oder sind den Studenten vier Jahre in der Uni-Warteschleife attraktiver, als ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz dazustehen?

www.bmfb.de/studienabbruchstudie_2002.pdf

Konsumgewohnheiten der Jugend

Taschengeld, Nebenjobs und Geldgeschenke zum Geburtstag summieren sich bei den 13- bis 17-Jährigen in Deutschland auf 7,5 Milliarden € im Jahr. Pro Monat geben die Jugendlichen 734,2 Millionen € aus. Die Ausgabenliste wird angeführt von Kleidung, Schuhen und Handys. Schlußlicht sind Ausgaben für Schulsachen.

Was nicht sofort ausgegeben wird, landet auf Banken und Sparkassen: Die knapp 4,7 Millionen Jugendlichen haben derzeit rund 5,5 Milliarden € auf diversen Sparkonten angelegt. Gespart wird vor allem auf kurze Sicht. Die aktuelle Spielkonsole oder das neue Handy sollen vom Ersparten schnellstmöglich angeschafft werden. Jeder zehnte Jugendliche ist allerdings verschuldet. Ursachen der Schulden sind laufende Kosten für Mofas, Handygebühren und der Drang nach Markenkleidung.

Sozialversicherung: Die fünfte Säule bröckelt

Die gesetzliche Pflegeversicherung blieb in den Reformdiskussionen bislang eher unbeachtet. Die „Reformkommission für eine nachhaltige Finanzierung und Weiterentwicklung der Sozialversicherung“ unter dem Vorsitz von Professor Bert Rürup – kurz Rürup-Kommission genannt – sorgte kurzzeitig Ende Februar 2003 für Aufregung: Sie schlug vor, die gesetzliche Pflegeversicherung abzuschaffen und stattdessen auf private Vorsorge zu setzen.

Die gesetzliche Pflegeversicherung bildet seit 1995 neben Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung die fünfte Säule der Sozialversicherung. Sie gewährt bei Pflegebedürftigkeit abgestufte Zuschüsse. Finanziert wird sie durch einen Beitrag in Höhe von 1,7 Prozent des Bruttolohns der Arbeitnehmer. Der Beitrag wird von Arbeitnehmern und Arbeitgebern je zur Hälfte gezahlt. Zur Kompensation des Arbeitgeberanteils wurde in allen Bundesländern – mit Ausnahme Sachsens – ein gesetzlicher Feiertag abgeschafft. Damit sollte verhindert werden, dass mit der Einführung der Pflegeversicherung die Lohnnebenkosten steigen und die Arbeitslosigkeit zunimmt.

Ziel der Pflegeversicherung war, die Abhängigkeit von der Sozialhilfe im Pflegefall zu verhindern. Die Pflegeaufwendungen wurden von der Sozialhilfe in die Pflegeversicherung verlagert. 1996 und 1997 sanken die Ausgaben der Sozialhilfe für Pflegebedürftige um rund 5 Milliarden €. Die Ausgaben der Pflegeversicherung summierten sich dafür bereits 1997 auf das Dreifache und sind in den Folgejahren weiter gestiegen.

Die Pflegeleistungen kosteten 2002 rund 17,4 Milliarden €. Die Pflegeversicherung

nahm aber nur knapp 17 Milliarden € ein. Damit schrieb sie im vierten Jahr in Folge rote Zahlen. Das Defizit wird bislang noch durch eine Rücklage aufgefangen, die beim Start aufgebaut wurde.

Unsichere Finanzierung

Die Kinderzahl in Deutschland sinkt. In Zukunft müssen immer weniger junge Menschen für immer mehr ältere aufkommen. Da zugleich die Lebenserwartung wächst und das Pflegerisiko mit steigendem Alter zunimmt, steigt zwangsläufig der Finanzbedarf für die Pflegeversicherung. Bis zum Jahr 2010 wird sich die Zahl der über 80-Jährigen in Deutschland von drei auf gut vier Millionen Menschen erhöhen. Diese Altersgruppe hat den höchsten Anteil an Pflegebedürftigen.

In der gesetzlichen Pflegeversicherung erhalten derzeit rund 1,3 Millionen Pflegebedürftige Leistungen für die

Pflege zu Hause. Weitere 600 000 Menschen beziehen Pflegegeld für ihre Heimunterbringung. Mehr als ein Drittel der stationär untergebrachten Pflegebedürftigen ist mittlerweile trotzdem auf Sozialhilfe angewiesen, denn die gewährten Zuschüsse reichen nicht aus, um ihren Heimplatz zu finanzieren. Das Ziel, Pflege unabhängig von der Sozialhilfe zu sichern, wird also nicht erreicht. Das war schon bei Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung vorherzusehen, denn erstens ist die demographische Entwicklung bekannt und zweitens zeigen die Erfahrungen in der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, wie schwierig es ist, die Beiträge bei steigenden Ansprüchen zu stabilisieren.

Die Crux der Pflegeversicherung ist neben der demographischen Entwicklung die veränderte familiäre Situa-

Finanzen der Pflegeversicherung

in Millionen €	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
1995	8 978	5 836	3 142
1996	12 434	10 929	1 505
1997	15 890	15 127	763
1998	16 072	15 815	257
1999	16 349	16 355	-6
2000	16 543	16 659	-116
2001	16 805	16 846	-41
2002	16 980	17 360	-380
Quelle: Stat. Bundesamt; Bundesministerium für Gesundheit und Soziales			



„Das größte Bedürfnis,
die tiefste Sehnsucht der Menschen
ist eine mutige Regierung.“

Johann Wolfgang von Goethe

Leistungen für Pflege

Pflegebedürftige erhalten je nach Pflegestufe Geld- oder Sachleistungen:

1. Geldleistungen werden gezahlt, wenn der Pflegebedürftige seine Versorgung eigenständig organisiert und Angehörige oder Freunde die Pflege übernehmen. Die Helfer werden für Dienste entlohnt, wenn sie zum Beispiel bei der Grundpflege helfen.
2. Mit Sachleistungen wird die häusliche Pflege durch professionelle Pflegedienste bezahlt. Das Geld wird direkt an die Pflegedienste überwiesen.
3. Geld- und Sachleistungen können kombiniert werden.

tion. Häusliche Pflege erledigen derzeit noch zu drei Viertel nahe Verwandte, vor allem Frauen. Der wachsende Anteil kinderloser Paare, die steigende Zahl der Single-Haushalte sowie Verhaltensänderungen werden künftig Pflege im familiären Bereich reduzieren. Damit wächst der Bedarf für professionelle Pflege durch Sozialdienste oder in Heimen. Das wiederum erhöht den Finanzbedarf für Pflegeleistungen. Entsprechend wird der Beitragssatz steigen müssen.

Bürokratische Verfahren

Neben der ungesicherten Finanzierung schaffen bürokratische Verfahren Probleme und Ungerechtigkeiten. Pflegebedürftig ist nur, wer bestimmte Definitionen des Sozialrechts erfüllt. Beispielsweise wurde Demenzkranken und ihren Angehörigen erst nach gerichtlichen Auseinandersetzungen die Unterstützung aus den Pflegekassen gewährt. Ähnliches haben Eltern von behinderten Kindern erlebt. Doch auch wer problemlos Pflegeleistungen erhält, ist nicht immer

bestens versorgt. Professionelle Pfleger in Heimen oder von Sozialdiensten können nur die in einem Leistungskatalog beschriebenen Tätigkeiten abrechnen. Dem Pflegepersonal wird in Minutenwerten vorgegeben, in welcher Zeit Pflegebedürftige zu waschen, zu kämmen oder zu duschen sind. Alltagserfahrungen zeigen, dass dadurch eine an den Bedürfnissen des Einzelnen orientierte Zuwendung kaum möglich ist.

Besonders problematisch ist das bei allein lebenden alten Menschen. Die Pflegekräfte sind oft die einzige Verbindung zur Außenwelt. Dementsprechend muss Pflege mehr sein, als die Pflegebedürftigen zu waschen und ihnen das Essen herzurichten. Pflegekräfte stehen vor einem Dilemma: Sollen sie kleinere Einkäufe besorgen, sich mit den Pflegebedürftigen unterhalten, den Kontakt zu entfernt wohnenden Familienmitgliedern organisieren etc. ? Das alles wird schließlich nicht bezahlt.

Dass Pflege auf reine Finanzierungsfragen reduziert wird, liegt im System begrün-

det. Mit der Festlegung auf eine staatlich organisierte Pflegeversicherung müssen bestimmte Normen und Standards geschaffen werden, mit denen der Pflegeaufwand „gemessen“ und kontrolliert werden kann. Die Beiträge der Versicherten sollen schließlich sparsam und effizient eingesetzt werden. Dafür muss in Kauf genommen werden, dass standardisierte Vorgaben den Pflegealltag bestimmen.

So kommt es, dass das System von zeitaufwändigen Regulierungen und Kontrollen beherrscht wird. Qualitätsprüfungen müssen absolviert, Leistungs- und Qualitätsnachweise müssen erbracht werden. Doch die unübersehbare Flut von Regelungen und Verordnungen überfordert die Pflegedienste und -einrichtungen. Unklar ist häufig auch, wer für welche Leistungen aufkommt: die Pflegeversicherung? die Krankenversicherung? der Betroffene selbst?

Private Vorsorge als Alternative

Soll das drohende Finanzierungsdefizit der Pflegeversicherung niedrig gehalten werden, müssen entweder die Leistungen für die Pflegebedürftigen sinken, oder die Beitragssätze müssen steigen – oder beides. Dabei hätte es

zumindest eine Alternative gegeben. Die Politik hat sie mit der Pflegeversicherung für Beamte und Selbständige genutzt: ein kapitalgedecktes System, das nach dem Muster der privaten Krankenversicherungen organisiert ist.

Die gesetzliche Pflegeversicherung besteht erst seit neun Jahren. Sie lässt sich ohne allzu große Verwerfungen in eine private Pflegeversicherung umwandeln. Ohne Zweifel ist die Vorsorge für den Pflegefall sinnvoll und notwendig: Jeder kann durch einen Unfall pflegebedürftig werden. Die geschätzten Kosten für den Umstieg liegen laut Rürup-Kommission bei rund 16 Milliarden €. Je frühzeitiger Planungssicherheit über die Zukunft der Pflegeversicherung herrscht, umso früher kann jeder für den Pflegefall vorsorgen. Beim Umbau würden dafür umgehend 1,7 Prozent der Lohnzusatzkosten wegfallen und damit die Kosten für Arbeit sinken.

Die private Pflegeversicherung bedeutet einen Schritt zu mehr Eigenverantwortung: Jede Generation sorgt künftig in erster Linie für sich selbst vor, das angesammelte Kapital wird dem Zugriff der Politik entzogen. Der Einzelne hat es in der Hand, wann, wo und wie er seine Vorsorge plant und organisiert.

Pflegezuschuss

in € pro Monat	Pflegestufe I	Pflegestufe II	Pflegestufe III
Geldleistungen	205	410	665
Sachleistungen	384	921	1 432

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziales

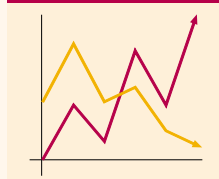
„Da außergewöhnliche Umstände die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung derzeit erschweren, wird der EZB-Rat die Ereignisse weiterhin sorgfältig beobachten.“

Europäische Zentralbank (EZB), Monatsbericht März 2003

IM KLARTEXT

April 2003

SM Index



Die Soziale Marktwirtschaft im April 2003

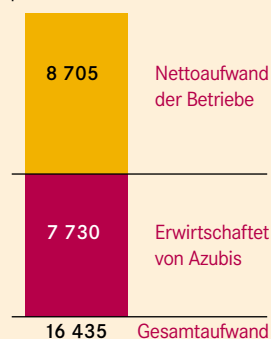
Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Für 1,7 Millionen Lehrlinge haben die deutschen Arbeitgeber im Jahr 2000 fast 28 Milliarden € ausgegeben, im Durchschnitt 16 435 € pro Azubi. Eine Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) zeigt in Cent und Euro, was die Lehrlinge einbrachten: Die Nachwuchskräfte erwirtschafteten fast die Hälfte dessen, was die Unternehmen in sie investierten. Aber auch andere, nicht-finanzielle Gründe waren den Arbeitgebern wichtig: Drei Viertel sehen im Ausbilden

Ausbildungskosten

pro Azubi in €



Stand 2000

Quelle: BiBB 2002

den besten Weg, um Mitarbeiter dauerhaft für das Unternehmen zu gewinnen.

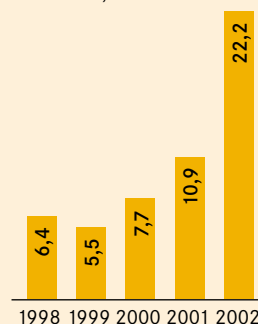
Für das Ausbildungsjahr 2003 sind noch schätzungsweise 140 000 junge Menschen auf der Suche nach Lehrplätzen - Fachkräftenachwuchs, der auf den Start in die Berufswelt wartet.

Geldwertstabilität

Deutschlands Banken steht das Wasser bis zum Hals. Sie sitzen auf faulen Krediten in Milliardenhöhe. Allein Deutsche, Dresdner, Commerz-, HypoVereins- und DZ Bank mussten 2002 Forderungen im Wert 11 Milliarden € abschreiben, weil sie in unsolide Unternehmen investiert haben. Nun wollen sie zusammen mit der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eine Spezialbank gründen, die Forderungen und Ausfallrisiken an Anleger weiterreicht. Was nur eine Notoperation ist, preisen die Banker als große Rettungsaktion: Sie hätten wieder Spielraum für Mittelstandskredite, die neue Beschäftigung schaffen könnten. Ob die Rechnung aufgeht,

Kreditausfälle

dt. Banken durch insolvente Schuldner*, in Milliarden €



* Kredite über 1,5 Millionen €

Quelle: Deutsche Bundesbank

ist fraglich. Dass die Banken mit ihrer Geschäftspolitik das Vertrauen ihrer Kunden aufs Spiel gesetzt haben, ist gewiss.

Eigenverantwortung

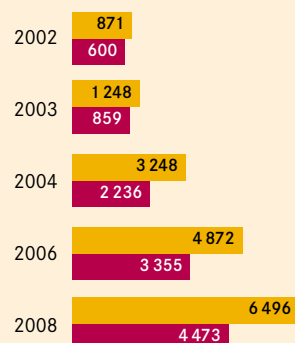
2002 ist die so genannte Riester-Rente eingeführt worden. Mit staatlicher Förderung soll der Einstieg in die kapitalgedeckte Privatvorsorge erleichtert werden. Von den rund 30 Millionen förderberechtigten Personen haben im ersten Jahr rund drei Millionen einen Riester-Rentenvertrag abgeschlossen - zu wenig, meint vor allem die Versicherungs-

wirtschaft. Vielleicht haben die „Förderberechtigten“ nur keine Lust auf mühsame Informationssuche und undurchsichtige Formulare?

Einer Emnid-Umfrage zufolge legen 61 Prozent der Deutschen Geld für ihre Vorsorge oder die eigene Immobilie zur Seite. Nach dem Start der Riester-Rente haben sich zudem zwei Millionen Arbeitnehmer über die betriebliche Altersversorgung neu abgesichert. Es wird also vorgesorgt, ohne dass der Staat mit Fördergeldern locken muss.

Riester-Rente

Eigenleistung und Zulagen
in Millionen €



Projektion: Dt. Inst. für Altersvorsorge

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: dpa
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard